Zur Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus

Willi Gerns

Die DKP hat von ihren ersten programmatischen Aussagen an in antimonopolistischen Übergängen den unter den konkreten Bedingungen unseres Landes wahrscheinlichsten und günstigsten Weg zum Sozialismus gesehen und eine entsprechende Strategie entwickelt. Dabei konnten wir uns sowohl auf aktuelle theoretische Arbeiten kommunistischer Wissenschaftler stützen wie auf geschichtliche Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Was die geschichtliche Seite angeht, so müssen hier besonders Lenins Schrift "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" und seine Arbeiten aus der Periode zwischen der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution und der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland genannt werden, in denen er grundlegende Fragen der Übergangsproblematik unter den Bedingungen des Imperialismus herausarbeitete. Einen bedeutenden Beitrag zu diesem Fragenkomplex hat auch die Kommunistische Internationale geleistet, insbesondere auf ihrem IV. Kongress 1922 und auf dem VII. Weltkongress 1935 mit den Orientierungen auf eine Arbeiter- bzw. Volksfrontregierung.

Von großer Bedeutung waren die Erfahrungen der demokratischen Revolution in Spanien, in der es zur Herausbildung von Keimformen eines demokratischen Staates neuen Typs kam. Im Zusammenhang mit der Herausbildung volksdemokratischer Staaten nach dem zweiten Weltkrieg - in der DDR in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht - wurden weitere wichtige Erfahrungen gesammelt. Das gilt auch für die revolutionären Prozesse in Chile Anfang der 70er Jahre und die Nelkenrevolution in Portugal.

Wenn die meisten dieser Prozesse letztlich mit einer Niederlage endeten, so ist das kein Argument gegen den Kampf um antimonopolistische Übergänge. Für die Niederlagen gab es jeweils konkrete Gründe. Die hat es aber auch für die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den übrigen sozialistischen Ländern Europas gegeben.

Die Möglichkeit von Übergängen auf dem Weg zum Sozialismus und deren Inhalte wurden in der Geschichte der Arbeiterbewegung stets aus den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes abgeleitet. Das gilt auch für die DKP. Die tiefste sozialökonomische Ursache für den Kampf um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus sehen wir in den objektiven Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der Kapitalismus in der Bundesrepublik ist Monopolkapitalismus und innerhalb dieses Entwicklungsstadiums staatsmonopolistischer Kapitalismus geworden. Welche Schlussfolgerungen haben wir daraus gezogen?

1. Die Monopole, die ihre Macht mit der Macht des kapitalistischen Staates vereinigt haben, stellen das Rückgrat der heutigen kapitalistischen Gesellschaft dar. Mit der Überwindung der Monopolmacht würde darum das wichtigste Hindernis für die Öffnung des Weges zum Sozialismus überwunden. Deshalb ist es objektiv notwendig, die ganze Kraft auf den Kampf gegen das Monopolkapital, gegen die vereinigte Macht von Monopolen und kapitalistischem Staat zu konzentrieren.

2. Unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus erhalten der demokratische Kampf und seine Verflechtung mit dem Kampf um den Sozialismus eine neue Qualität. War in der Anfangsperiode der Arbeiterbewegung der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten gegen den Feudalismus oder feudale Überreste gerichtet, so muss er heute vor allem gegen das Monopolkapital und seinen Drang nach Unterdrückung und Aushöhlung demokratischer Rechte geführt werden. Es geht dabei ebenso wenig um eine Wiederherstellung der durch die Monopole und ihren Staat immer mehr negierten klassischen bürgerlichen Demokratie, wie es auch utopisch wäre, zum Kapitalismus der freien Konkurrenz zurückkehren zu wollen. Es geht vielmehr um die Herausbildung von Bedingungen für die Entwicklung einer qualitativ neuen, einer antimonopolistischen Demokratie. Da der Kampf um Demokratie heute gegen die Macht der Monopole und damit gegen das Haupthindernis auf dem Weg zum Sozialismus gerichtet werden muss, wird er objektiv noch stärker als früher zu einem unmittelbaren Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus.

3. Aus der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben sich zugleich wichtige Schlussfolgerungen für die Bündnispolitik. Durch die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates ist ein Machtkartell entstanden, das nur durch eine starke Gegenkraft überwunden werden kann. Diese wird umso stärker sein, je mehr es gelingt, möglichst viele Gegner der Monopolbourgeoisie aus allen Gruppen und Schichten, die - und wenn dies auch nur in Teilfragen der Fall ist - in Widersprüche zum staatsmonopolistischen System geraten, in ein breites antimonopolistisches Bündnis zusammenzuführen.

4. Schließlich und nicht zuletzt haben wir uns davon leiten lassen, dass für eine erfolgreiche sozialistische Umwälzung neben der Reife der materiellen Voraussetzungen in Gestalt eines bestimmten Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch ein entsprechender Reifegrad des subjektiven Faktors gegeben sein muss. Dazu gehört eine bestimmte zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, ein hoher Grad ihrer Organisiertheit und der Verwirklichung ihrer Aktionseinheit, die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus durch die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Bereitschaft zum Kampf für den Sozialismus. Es genügt, diese Faktoren zu nennen, um zu der Einsicht zu gelangen, dass in der Bundesrepublik heute von der Reife des subjektiven Faktors für eine sozialistische Umwälzung absolut keine Rede sein kann. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten muss erst in einem langen Prozess des Klassenkampfes aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und die Bereitschaft des Kampfes für

den Sozialismus herangeführt werden. Die täglichen Kampferfahrungen stoßen heute aber vor allem auf die Allmacht der Banken und Konzerne und die deren Interessen dienende Politik des Staates.

Aus diesen Erkenntnissen haben wir, angefangen von der „Grundsatzerklärung“ 1969, über die „Thesen des Düsseldorfer Parteitags“ 1971 und das „Mannheimer Programm“ 1978 bis hin zu unserem aktuellen Parteiprogramm eine strategische Orientierung entwickelt, die ausgehend von der Verteidigung des Erreichten und nächste Schritte nach vorn über grundlegende antimonopolistische Forderungen und Übergänge an die sozialistische Umwälzung heranführen soll.

Hat sich an den genannten Voraussetzungen für unsere strategische Orientierung nun so Grundlegendes geändert, dass wir sie durch eine andere ersetzen müssten? Ist es nicht mit der weiteren Konzentration und Zentralisation der Monopole in Gestalt der großen transnationalen Konzerne und der Vereinigung von deren Macht mit der Macht der Nationalstaaten, der supranationalen und globalen Institutionen des Kapitalismus noch notwendiger geworden auf diesen Hauptgegner den Kampf zu konzentrieren? Hat unter diesen Bedingungen etwa der Kampf um Demokratie und eine antimonopolistische Bündnispolitik an Bedeutung verloren? Und hat sich etwa an dem, was zum Bewusstseinszustand und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gesagt wurde Grundlegendes zum Positiven gewandelt? Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Zudem und nicht zuletzt haben sich mit der Niederlage des Sozialismus sowie der enormen Schwächung der kommunistischen Bewegung und dabei unserer Partei im Besonderen die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf derart gravierend zuungunsten der Kräfte des Fortschritts verändert, dass eine Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergangsforderungen auf dem Weg zum Sozialismus meiner Überzeugung nach heute noch notwendiger ist als jemals zuvor.

Aber selbstverständlich sind wir im Rahmen einer solchen Strategie, insbesondere mit den sich unter dem Stichwort „Globalisierung“ vollziehenden neuen Prozessen im Imperialismus vor neue Herausforderungen gestellt. Dazu gehört sicher, dass der Stoß noch stärker gegen die transnationalen Konzerne und die Institutionen der imperialistischen Globalisierung gerichtet werden muss und dass dabei der internationalen Solidarität ein noch größeres Gewicht zukommt.

Für beides sehe ich, wenn auch noch bescheiden, durchaus neue Möglichkeiten und Ansätze.

Ich denke dabei z.B. an die Konzernbetriebsräte in transnationalen Konzernen, die bei entsprechendem Willen der dorthin entsandten Belegschaftsvertreter und entsprechendem Druck der Beschäftigten durchaus zu Instrumenten eines länderübergreifenden koordinierten Kampfes der Arbeiter und Angestellten gegen die Allmacht der Konzerne werden könnten. Und ich denke auch entstandenen und sich international vernetzenden Bewegungen gegen die die Interessen der großen Konzerne vertretenden Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation, und die Großen 7 bzw. Großen 8.

Vor neue internationalistische Herausforderungen werden wir Kommunisten auch durch die weitere Integration des Europas der Monopole gestellt. Sie betreffen die Koordination unserer Aktivitäten bei der Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften und im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik. Sie erfordern davon ausgehend aber auch immer dringlicher die Herausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole und die gemeinsame Diskussion von Vorstellungen über künftige sozialistische Gesellschaften.

Zu den neuen internationalistischen Herausforderungen gehört nicht zuletzt, unter den Bedingungen der imperialistischen Globalisierung, dass die europäische und weltweite Vernetzung des gewerkschaftlichen Kampfes eine neue Qualität erfahren muss und wir Kommunisten ungeachtet aller Schwierigkeiten internationale Strukturen schaffen müssen, die den neuen Kampfbedingungen entsprechen.

Im Zusammenhang mit diesen und anderen neuen Herausforderungen haben wir unsere Strategie im neuen Parteiprogramm präzisiert. Das Programm stellt darum meiner Überzeugung nach einen zuverlässigen Kompass für die Gestaltung kommunistischer Politik unter den heutigen Bedingungen dar.